

# SOCIOLOGY IN SWITZERLAND

Social Movements, Pressure Groups and Political Parties

## Mitgliederschwund in den politischen Parteien?

**Sozio-strukturelle Determinanten abnehmender Mitgliederzahlen in politischen Parteien**

**Patricia Zimmermann**

*Zürich, Oktober 2002*

### Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung.....	1
2	Die Parteimitglieder.....	2
2.1	Die Schweizer Parteimitglieder.....	2
2.2	Der Nutzen der Mitgliedschaft.....	3
2.3	Mitgliederzahlen im Wandel.....	4
2.3.1	Frauen in den Parteien.....	4
2.3.2	Parteispezifische Unterschiede.....	5
2.3.3	Unterschiedliche Entwicklungen in den Gemeinden.....	5
3	Determinanten abnehmender Parteimitgliederzahlen.....	6
3.1	Wertewandel.....	8
3.2	Neue Themenbereiche in der Politik.....	10
3.3	Kognitive Mobilität.....	11
4.	Abnehmendes Interesse an Politik? Unkonventionelle Formen der politischen Partizipation..	13
5	Zusammenfassung und Ausblick.....	13
	Literaturverzeichnis.....	15

---

### ***Bibliographische Zitation:***

Zimmermann, Patricia Mitgliederschwund in den politischen Parteien? In: Sociology in Switzerland: in Switzerland: Social Movements, Pressure Groups and Political Parties. Zürich 2002.  
[http://socio.ch/movpar/t\\_pzimmermann.pdf](http://socio.ch/movpar/t_pzimmermann.pdf)

## Kapitel 1: Einleitung

In der einschlägigen Literatur wird die Wichtigkeit der Existenz politischer Parteien betont. Ohne Parteien sei eine Demokratie nicht funktionsfähig. Politische Parteien agieren als Hauptträger der demokratischen, politischen Willensbildung, indem sie Anhänger mit ähnlicher Gesinnung oder ähnlichen Interessen in ihren Reihen sammeln und so die öffentliche Meinung bei Wahlen und Abstimmungen beeinflussen.

In letzter Zeit haben sich jedoch die Evidenzen verdichtet, dass die heutigen Parteien in den westlichen Demokratien im Begriff der Erosion sind. Viele politische Parteien verloren ihre Anhänger und ihre Überzeugungskraft. Es stellt sich die Frage, ob sich diese Loslösung der Bürger von den Parteien hauptsächlich an der Peripherie abspielt, oder ob auch der engere Kreis der Mitglieder davon betroffen ist. Anhand verschiedener Studien, welche den Wandel in der Anhänger- und Mitgliedschaft der politischen Parteien in Europa untersuchten, kann eine rückgängige Tendenz der Mitgliederzahl erkannt werden, wobei dieser Rückgang nicht bei allen Parteien und in allen europäischen Ländern das gleiche Ausmass annimmt<sup>1</sup>.

Es wird argumentiert, dass die Ursachen hierfür auf drei verschiedenen Ebenen gefunden werden können (Dalton/Wattenberg 2000):

- auf der Mikroebene (Modernisierungsprozesse, Wertewandel, Bildungs-expansion),
- auf der Mesoebene (Modernisierungsprozesse, Ausbildung der Massenmedien)
- auf einer Makroebene (Technologischer Wandel).

In der vorliegenden Seminararbeit werden die Determinanten des Mitgliederschwundes auf theoretischer Ebene erläutert und mit empirischen Evidenzen unterlegt, wobei sich die Untersuchung nur auf die Ursachen auf Mikroebene beschränken wird. Ausserdem wird der Schwerpunkt auf die Untersuchung der Schweizer Parteien gelegt.

Dieser Beitrag gliedert sich in drei Hauptteile. Zuerst wird in Kapitel 2 auf den Untersuchungsgegenstand, die Mitglieder der politischen Parteien, näher eingegangen. Es werden die Struktur, der Nutzen, die Funktion und speziell der Wandel der parteilichen Mitgliedschaft aufgezeigt. Der Befund bezüglich der erodierenden Mitgliedschaft in den industrialisierten Demokratien wird für den weiteren Verlauf der Arbeit zur Ausgangslage genommen. Im zweiten Teil der Arbeit (Kapitel 3) werden potentielle Determinanten des Mitgliederschwundes theoretisch erläutert und mit empirischen Evidenzen ergänzt. Im dritten Teil (Kapitel 4) wird der Frage nachgegangen, ob durch die abnehmenden Mitgliederzahlen von einem abnehmenden Interesse an Politik gesprochen werden kann. Hierzu wird vor allem auf die neuen, unkonventionellen Formen der politischen Bürgerbeteiligung eingegangen. In einem abschliessenden Kapitel werden die gewonnenen Erkenntnisse zusammengetragen, Kritik angebracht und ein Ausblick versucht.

---

<sup>1</sup> Vgl. beispielsweise Katz/Mair, *The membership of political parties in european democracies 1960-1990*, 1992; Scarrow, Susan E., *Parties without Members?*, 2000.

## Kapitel 2: Die Parteimitglieder

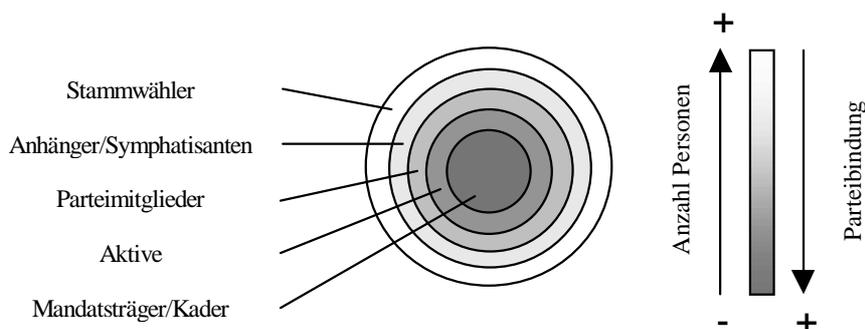
### 2.1 Die Schweizer Parteimitglieder

Wird das Mitgliedersystem der Parteien in den westlichen Demokratien betrachtet, haben sich nach der idealtypischen Vorstellung die mitgliederlosen Eliteparteien zu Parteien, welche die Mitgliedschaft stark betonen, die sogenannten Mitgliederparteien entwickelt. Der Mitgliederbegriff setzte sich ab Anfang des 20. Jahrhunderts bei den sozialistischen Parteien durch. Das Prinzip des Parteimitgliedes wurde dann nach und nach auf die anderen Parteien übertragen (Ladner 1999: 245).

In der Schweiz hat sich aber dieses Mitgliederprinzip eher spät und ausserdem nicht vollständig durchgesetzt. Nur 42% der CVP und 59% der FDP Lokalsektionen kannten im Jahre 1990 eine formalisierte Mitgliedschaft. Die SVP lag etwas höher mit 76% und die SPS konnte mit 84% die höchste formalisierte Mitgliedschaftsrate der vier Bundesparteien verzeichnen (Geser et al. 1994: 141). Ladner sieht eine mögliche Erklärung in der Schweizer Parteipresse, welche bis ungefähr 1970 noch ziemlich bedeutsam war (Ladner 1999: 245). Durch die stark ausgebildete Parteipresse war das Volk bei der politischen Informationsbeschaffung nicht direkt auf die Parteien angewiesen und die Parteien stützten sich nicht auf die Mitglieder, da die Leser der Parteipresse die Mitglieder verkörperten. Eine klare Abgrenzung der Mitgliedschaft war folglich nicht nötig. Duverger (1959: 81) führt aus, dass die Entwicklung von der Rahmenpartei<sup>2</sup> zur Massenpartei<sup>3</sup> bei der Herausbildung des Mitgliederprinzips eine zentrale Rolle gespielt hat.

Eine Partei kann bildlich als eine Reihe von konzentrischen Kreisen angesehen werden (vgl. Figur 2.1).

**Figur 2.1: Personelle Einbindung und Engagement in den Parteien** Quelle: Ladner und Brändle, *Die Schweizer Parteien im Wandel*, 2001: 75.



Im innersten Kreis befinden sich die Mandatsträger und das Kader. Im nächst äusseren Kreis folgen die Aktiven, im nächsten Kreis befinden sich die Parteimitglieder. Im folgenden Kreis sind die Anhänger und Symphatisanten und im äussersten Kreis die Stammwähler (Ladner, Brändle 2001: 74f.). Dieses Modell zeigt, dass mit grösserer Entfernung vom Zentrum auch die Parteibindung abnimmt. Umgekehrt nimmt aber die Anzahl Personen in den Kreisen zu, je weiter man sich vom Zentrum weg bewegt. In den drei innersten Kreise befinden sich diejenigen Personen, welche die Partei am meisten unterstützen.

<sup>2</sup> Nicht Quantität sonder Qualität ist der zentrale Aspekt der Rahmenparteien. Durch gezielte Auswahl der Mitglieder wird versucht der bestmögliche Wahlausgang zu erzielen. Bei den ausgewählten Mitglieder handelt es sich meist um einflussreiche, angesehene Persönlichkeiten.

<sup>3</sup> Die Massenpartei legt mehr Wert auf eine möglichst hohe Anzahl an Mitgliedern als die Rahmenpartei. Sie erhofft sich durch eine grosse Mitgliederzahl Stärke und Ansehen.

Untersuchungen bezüglich der Parteimitgliedschaft analysieren vorwiegend die Kreise der Aktiven und der Parteimitglieder.

Eine Abgrenzung zwischen den einzelnen Kreisen ist aber nicht unproblematisch, da keine einheitliche Definition des Mitgliederbegriffes existiert. Die Antwort auf die Frage, wer als Parteimitglied gilt, wird je nach Partei unterschiedlich ausfallen, da für jede Partei der Begriff *Parteimitglied* eine andere Bedeutung einnimmt. So kann ein Mitglied der SPS, welches einen hohen Mitgliederbeitrag bezahlt und fast wöchentlich an Sitzungen teilnimmt nur schwer mit einem Mitglied der SVP verglichen werden, der nur einen symbolischen Beitrag abgibt und lediglich ein zwei- bis dreimal an Parteiversammlungen teilnimmt.

Das Prinzip der Parteimitgliedschaft ist also von Partei zu Partei verschieden und auch innerhalb dieser nicht explizit festgelegt, was dazu führt, dass eine genaue Mitgliederzahl praktisch nicht eruiert ist. Die meisten Untersuchungen basieren deshalb auf Schätzungen und Hochrechnungen.

## 2.2 Der Nutzen der Mitgliedschaft

Bezüglich der Frage, welchen Nutzen die Mitgliedschaft einerseits für die Parteien und andererseits für die Mitglieder mit sich bringt, besteht in der einschlägigen Literatur kein Konsens. Lange Zeit herrschte in den Sozialwissenschaften die Auffassung, dass es für die Parteien fast keine Gründe gäbe, Mitglieder zu haben. Zu den Kosten der Mitgliedschaft gehört die Möglichkeit, dass sich die Handlungsspielräume einer Partei für wahltaktisches Verhalten einengen, je mehr Mitglieder eine Partei hat (vgl. Ladner 2001: 84). Ein weiterer Kostenfaktor ist der Energie- und Ressourcenverlust, welcher bei der Betreuung der Mitglieder entsteht. Scarrow (1994, zitiert nach Ladner 2001: 84) fasst auch mögliche Vorteile der Mitgliedschaft zusammen. So kann beispielsweise eine grosse Partei ein Zeichen für Stärke und Verankerung in der Bevölkerung bedeuten. Mitglieder werden zudem als loyale Wähler angesehen und können auch andere Personen zur Wahl motivieren. Die Mitglieder unterstützen die Parteien mit finanziellen Ressourcen und leisten innerhalb der Partei freiwillige Arbeit.

Auf der Seite der Mitglieder ergeben sich unterschiedliche Anreize einer Partei beizutreten. Gemäss Ware (1996: 68ff.) lassen sich drei Hauptanreize erkennen:

- die materiellen Anreize,
- die Solidaritätsanreize und
- die zielorientierten Anreize.

Während die materielle Absicht charakterisiert ist durch die Erhöhung des individuellen Nutzen aus der Parteimitgliedschaft, kann der Solidaritätsnutzen als kollektiver Nutzen verstanden werden (Beispiel: Soziale Kontakte). Zielorientiert sind diejenigen Mitglieder, welche wegen einer Ideologie oder einem Parteiprogramm einer Partei beitreten. Diese Mitglieder unterstützen die Partei in ideologischer Hinsicht.

Ziel dieses Beitrages ist es, die Determinanten sich verändernder Mitgliederzahlen zu eruieren. Dazu müssen aufgrund der obigen Ausführungen die sich verändernde Nachfrage- und Angebotsstruktur der Mitglieder und der Parteien, welche auf sozio-strukturelle Veränderungen in der Gesellschaft beruhen, untersucht werden.

## 2.3 Mitgliederzahlen im Wandel

Wie bereits einleitend erwähnt, konnte anhand verschiedener Studien ein Rückgang der Mitgliederzahlen in den Parteien der europäischen Demokratien erkannt werden. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn man empirische Erhebungen für die Schweizer Parteien betrachtet. Auch in den Schweizer Parteien macht sich eine Erosion der Parteimitgliedschaft bemerkbar<sup>4</sup>.

Die Datenlage bezüglich der Mitgliederzahlen ist jedoch ziemlich unbefriedigend aus verschiedenen zum Teil bereits erwähnten Gründen (Vgl. Ladner, Brändle 2001: 93). Erstens kennen nicht alle Schweizer Parteien das Mitgliederprinzip, was eine Definition des Mitgliederbegriffes und folglich auch die Messung erschwert. Zweitens müsste das Meldewesen gut funktionieren, was durch das schweizerische föderalistische System praktisch nicht möglich ist. Drittens besteht die Tendenz, mehr Mitglieder zu melden, als wirklich vorhanden sind. Häufig werden auch die natürlichen Abgänge nicht registriert.

Um die Mitgliederzahlen über die Zeit zu eruieren können die Parteisekretariate direkt befragt werden, was jedoch die Gefahr birgt, dass zu viele Mitglieder ausgewiesen werden. Eine andere Möglichkeit der Datengewinnung bieten die Schätzungen und Hochrechnungen.

Eine ältere Studie, welche von Gruner durchgeführt wurde, erkannte ein Rückgang der Parteimitglieder in den Schweizer Kantonalparteien während der Jahre 1963 bis 1967 (vgl. 1969: 218). Er schätzte für die Jahre 1963/67 den Mitgliederanteil an Wählern auf ungefähr 38%. Zum Zeitpunkt der Untersuchung schätzte Gruner den Mitgliederanteil infolge der Einführung des Frauenstimmrechtes (1971), wodurch der Wähleranteil enorm gewachsen ist, nur noch auf 11%.

Ebenfalls einen Mitgliederschwund der Parteien stellte Longchamp (1994: 22) zwischen 1983 und 1994 fest. So lag der Wert des prozentualen Mitgliederanteiles an Stimm- und Wahlberechtigter 1994 nur noch bei 12%, während er im Jahre 1983 noch bei 18% lag, was einem Mitgliederschwund von einem Drittel innerhalb von 11 Jahren entspricht.

Geser (1991) ging der Frage nach, ob die Erosion in den Mitgliederbeständen auch auf den engeren Kreis der aktiven Parteimitglieder zutrefte. Es wurden die Präsidenten der schweizerischen Lokalparteien gefragt, ob die Zahl ihrer männlichen und weiblichen Parteiaktiven während der letzten 5 Jahre gestiegen, gesunken oder gleichgeblieben sei. Dabei wurde als „Parteiaktive“ diejenigen Personen definiert, welche „regelmässig an den Parteiversammlungen teilnehmen und ‚im Prinzip‘ für irgendwelche Formen der Mitarbeit in der Partei zur Verfügung stehen“ (ebd.: 239). In dieser Studie wird im Gegensatz zu anderen Studien, welche einen weiteren Begriff der Mitgliedschaft formulierten eine Expansion der politisch aktiven Bürger zwischen den Jahren 1984 und 1989 erkannt.

### 2.3.1 Frauen in den Parteien

Geser führt diese Expansion hauptsächlich auf den Zustrom an Frauen in die Politik nach der Einführung des Frauenstimmrechtes im Jahre 1971 zurück (1994: 65). Die Erosion der Mitgliedschaft durch die Männer ist teilweise durch den Zufluss an Frauen in die Parteien kompensiert worden. Der Anteil der Frauen an Parteimitgliedern und Parteiaktiven ist während der Untersuchungszeit bis auf 35% respektive auf 31% angestiegen, was im internationalen Vergleich relativ hoch ist. Die Abwanderung der männlichen Parteimitglieder wurde also durch den Zustrom der Frauen nach der Zusprechung des Frauenstimmrechtes teilweise gestoppt.

---

<sup>4</sup> Vgl. Gruner, Die Parteien der Schweiz, 1977; Longchamp, Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung, 1994; Katz/Mair, The membership of political parties in european democracies 1960-1990, 1992.

Verstärkt wird diese Mobilisierung der Frau zusätzlich durch die Angleichung im politischen Aktivitätsniveau der Geschlechter. Noch Anfang des 20. Jahrhunderts war die Frau praktisch nicht in das politische Leben integriert. Die ursprünglich apolitische Rolle der Frau hat sich seit der Zurechnung des Frauenstimmrechtes und durch verbesserte Bildungschancen der politisch aktiven Rolle des Mannes angeglichen, so Inglehart (1989: 434). Inglehart fügt an, dass dieser Prozess jedoch Zeit braucht, da die Generation dieser Frauen, welche zuerst das Stimmrecht erhielten, in einer Zeit sozialisiert wurden, als die Partizipation der Frau in der Politik nicht selbstverständlich war (ebd.: 424).

### 2.3.2 Parteispezifische Unterschiede

Aus Gesers Untersuchung geht hervor, dass bezüglich des Mitgliederwandels in den Lokalparteien Unterschiede nach Parteirichtungen vorhanden sind. Besonders linke Parteien sind vom Mitgliederschwund betroffen, wobei dies nur für die Männer gilt. Die Frauen präferieren häufig die Parteien am linken Spektrumsende. Die neu hinzukommenden männlichen Parteimitglieder bevorzugen vor allem kleinere, rechtsstehende Parteien (Geser 1994: 68).

Ladner (2001: 101ff.) analysierte ebenfalls den Wandel der Mitgliederzahlen in den verschiedenen Parteien. Er legte das Augenmerk auf die Untersuchung der Kantonalparteien. Die Partei mit den meisten Mitgliedern war im Jahre 1998 die FDP mit ungefähr 89'000 Mitgliedern gefolgt von SVP und CVP mit 70'000 respektive 60'000 Mitgliedern. Mitgliederschwächste Partei war die SP mit rund 40'000 Mitgliedern, wobei jedoch beachtet werden muss, dass die Mitgliedschaft in dieser Partei ein hohes persönliches und finanzielles Engagement bedingt (ebd.: 134.). Mehr als die Hälfte der SP-Kantonalparteien (57.9%) und der SVP-Kantonalparteien (77.8%) geben an, dass sie einen Zuwachs an Mitgliedern in den letzten Jahren verzeichnen konnten (ebd.: 138). Glaubt man den Parteiverantwortlichen ist somit eher eine Zunahme als ein Rückgang der Mitgliederzahlen anzunehmen. Im Falle der SVP ist jedoch bekannt, dass sie zur Zeit daran sind, neue Kantonalparteien aufzubauen und es erstaunt deshalb nicht, dass die SVP an Mitgliedern zugelegt haben. Gesamthaft gesehen, hat die SVP jedoch eher an Mitgliedern verloren (ebd.: 136). Gemäss den offiziellen Angaben bezüglich der Entwicklung der Mitgliederzahlen ist auch die Anzahl der SP-Mitglieder seit den 1960er Jahren rückläufig. Diese Tendenz wird noch verstärkt, wenn die Mitgliederzahlen mit der Zahl der Stimmberechtigten in Beziehung gesetzt wird (ebd.: 109). Bei der CVP und der FDP sieht die Situation etwas dramatischer aus. Nur noch rund 16% der FDP-Kantonalparteien und 22% der CVP-Kantonalparteien geben eine zunehmende Tendenz ihrer Mitgliederzahlen an. Bei den kleineren Parteien haben vor allem die LdU und die FPS an Mitgliedern verloren, während die Grünen und die EDU angaben, an Mitgliedern zugelegt zu haben (ebd.: 136).

### 2.3.3 Unterschiedliche Entwicklungen in den Gemeinden

Bezüglich der Frage, ob sich die erodierenden Entwicklungen der Mitgliedschaft vor allem in ländlichen (suburbanen) oder in grösseren Gemeinden (urbanen) bemerkbar machen, existieren verschiedene Ansätze. Das *decline of community model* versucht den Mitgliederschwund in den urbanen Gebieten damit zu erklären, dass die kleineren Gemeinden eher reussieren, ihre Mitglieder an sich zu binden, da es sich um Stammanhänger handelt, welche aus traditionellen Gründen einer spezifischen Partei beitreten. Zudem gelingt es wahrscheinlich den kleineren Gemeinden durch informelle soziale Integrationskräfte den Mitgliederschwund abzuschwächen. In den urbanen Kommunen hingegen sei eine Abnahme der Parteiloyalitäten zu erwarten, da in diesen grösseren Gemeinden diese traditionellen Integrationskräfte nicht so stark sind (vgl. Geser 1991: 248).

Im Gegensatz zu diesem *decline of community model* zeigen die empirischen Evidenzen eher in die andere Richtung (ebd.: 250). Dies kann dadurch erklärt werden, dass es in den Städten einen guten Nährboden für politische Themen gibt. Zudem sind die Bürger in den Städten durchschnittlich politisch besser informiert, was ein grösseres Interesse an Politik und damit eine höhere Wahrscheinlichkeit einer Partei beizutreten zur Folge hat. Zusätz-

lich werden die Bürger in den Städten vermehrt durch die Massenmedien zur Thematisierung politischer Fragen motiviert (ebd.: 248).

## Kapitel 3: Determinanten abnehmender Mitgliederzahlen

Die meisten Studien über den Mitgliederwandel, mit Ausnahme von Geser (1994)<sup>5</sup>, stützen die These, dass in den letzten Jahrzehnten ein Rückgang an Parteimitgliedern zu erkennen ist. Diese These wird als Ausgangslage für die vorliegende Arbeit genommen. Die nächsten drei Kapitel sind der Frage gewidmet, welches die sozio-strukturellen Determinanten dieser Verringerung im Mitgliederbestand der Parteien sind.

Für die Ursachen abnehmender Mitgliedschaft in den Parteien existieren verschiedene Erklärungsansätze. Diese Ansätze versuchen die erodierende Parteimitgliedschaft mit der abnehmenden Parteiidentifikation zu erklären, welche sich in den westlichen Demokratien bemerkbar macht<sup>6</sup>. Eine Abnahme der Parteiidentifikation konnte auch in der Schweiz beobachtet werden. So identifizierten sich Mitte der 80er Jahre nur noch gerade 32% mit einer der vier Regierungsparteien. Im Jahre 1987 stieg vor allem die Nähe zu kleineren Parteien auf einen Höchstwert von 16% an (Longchamp 1994: 20). Diese nachlassende Parteibindung<sup>7</sup> zeigt sich auch in der Zunahme der Gruppe von Wechselwähler in den letzten 20 Jahren (Geser 1991: 233). Es wird angenommen, dass durch diese schwindende Parteiidentifikation der Bevölkerung auch das Bedürfnis der Bürger einer Partei beizutreten vermindert wird. Die sich lockernde Parteiidentifikation der Individuen kann also als Determinante der abnehmenden Mitgliederzahlen angesehen werden.

In der Fachliteratur werden hauptsächlich drei potentielle Ursachen für die sich verminderende Parteienloyalität genannt.

Ein erster Ansatz akzentuiert den **Wertewandel**, welcher sich Ende des 20. Jahrhunderts vollzogen hat. Dieser Wertewandel habe sich negativ auf die Teilnahme an konventionellen politischen Aktivitäten ausgewirkt. Der zweite Ansatz betont das Aufkommen **neuer politischer Themenbereiche** aufgrund des Wertewandels. Dalton (1984: 281) ist der Auffassung, dass die westlichen Demokratien nicht in der Lage sind, dieser Nachfrage nach neuen Issues von Seiten der Bürger adäquat entgegenzukommen, was zu einer Abwendung der Individuen von den konventionellen Parteien und damit zu einer Verminderung der Parteimitgliederzahlen führe. Ein dritter Erklärungsansatz erklärt die abnehmende Parteibindung mit der **gestiegenen kognitiven Fähigkeit; Mobilität** der Individuen. Dieser Ansatz basiert auf der Annahme, dass sich der Nutzen aus der Parteibindung für das Individuum mit zunehmender kognitiven Fähigkeiten vermindert und folglich der Bedarf an Parteibindungen als politische Orientierungshilfe abnimmt.

Inglehart (1977, 1989, 1998) vereinte die ersten zwei Ansätze, welche sich auf den Wertewandel und die kognitive Mobilität beziehen, in einem Modell. Er versuchte in einer breit angelegten Studie den kulturellen Wandel ab dem Jahre 1970 zu beschreiben sowie Ursachen und Folgen dieses Wandel zu bestimmen. Das Augenmerk seiner Studie liegt auf dem Modernisierungsprozess und seinem Einfluss auf die politische Orientierung der Individuen. Klingemann und Fuchs (1995), welche die sich ändernde Beziehung zwischen

---

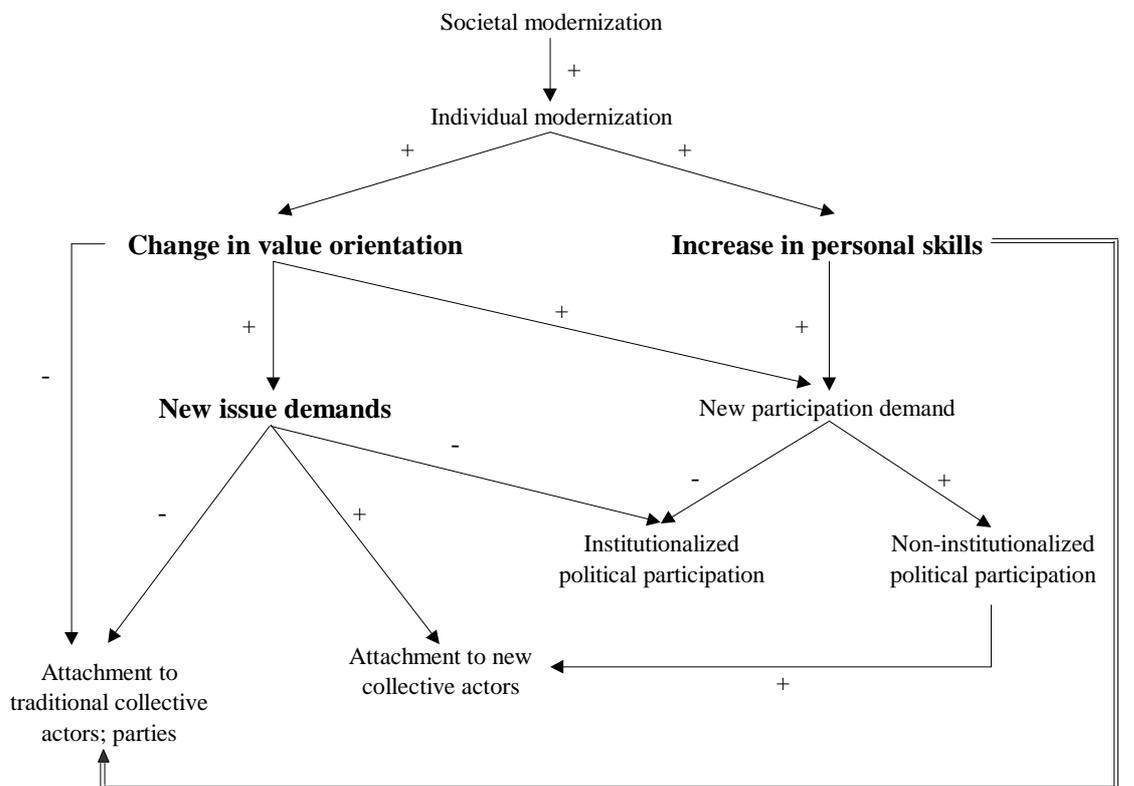
<sup>5</sup> Beachtet werden muss jedoch, dass Geser (1994) das Augenmerk seiner Studie auf den innersten Kern der Mitgliedschaft - die Parteiaktiven - gelegt haben. Im Gegensatz dazu benutzten die anderen beschriebenen Studien einen weiteren Begriff der Parteimitgliedschaft.

<sup>6</sup> Mit Parteiidentifikation wird eine relativ dauerhafte Bindung der Wähler zu einer bestimmten Partei verstanden. In vielen westlichen Ländern ist dieses Phänomen der Parteiidentifikation zu beobachten. Wähler mit einer hohen Parteiidentifikation unterstützen bei der Mehrheit der Wahlen dieselbe Partei, ungeachtet sich ändernder Situationen und wechselnder Politiker.

<sup>7</sup> Parteibindung wird im Folgenden synonym für Parteiidentifikation verwendet.

Staat und Bürger in den westlichen Demokratien untersuchten, modifizieren und vereinfachen das Modell von Inglehart (Vgl. Figur 3.1)<sup>8</sup>.

**Figur 3.1: Modernisierungsprozess und politische Orientierungen.** Quelle: Klingemann und Fuchs, *Citizens and the State*, 1995: 11 (Vereinfachte Version)



Inglehart sieht verschiedene Veränderungen auf Systemebene, welche sich auf die Ebene des Individuums und somit auf die individuelle Modernisierung auswirken. Zu diesen Veränderungen gehören der wirtschaftliche und technische Fortschritt, die Bildungsexpansion und die Entwicklung der Massenkommunikation, sprich Massenmedien (Inglehart 1990: 6). Klingemann und Fuchs (1995: 12) formulieren zwei Dimensionen dieses individuellen Modernisierungsprozesses. Einerseits die formale Dimension (eine Erhöhung der kognitiven Fähigkeiten; Mobilität (*personal skills*)) und eine substantive Dimension (Wertewandel in der Gesellschaft). Dieselben Dimensionen finden sich auch in Ingleharts Modell wieder.

Da das Hauptaugenmerk der vorliegenden Arbeit auf die Determinanten abnehmender Parteimitgliedschaft liegt, wird im nachfolgenden Kapitel hauptsächlich auf die „linke“ Seite des Modelles von Klingemann und Fuchs, also auf den Wertewandel und seine Auswirkungen auf die sich wandelnde Parteimitgliedschaft Bezug genommen. Zudem wird auf das Konzept der kognitiven Mobilisierung in Zusammenhang mit der Bindung an konventionelle Parteien eingegangen (Verbindung mit Doppellinie). Auf die „rechte“ Seite des Modells, welche die Relation zwischen kognitiver Mobilität und der Herausbildung neuer Partizipationsformen verdeutlicht, wird im vierten Kapitel näher eingegangen.

<sup>8</sup> Die Verbindung mit der doppelten Linie wurde vom Verfasser dieser Arbeit hinzugefügt.

### 3.1 Wertewandel

Die heutigen modernen Gesellschaften sind geprägt durch ökonomisches Wachstum, wirtschaftliche Expansion und hohe Mobilität. Diese Komponenten gehen mit einem sozialen Wandel einher. Die Folge dieses Wandels sind Veränderungen des sozialen und moralischen Wertesystems. Obwohl dieses Phänomen des Wertewandels nicht neu ist, gibt es doch erst seit den 1970er Jahren verschiedene Diskussionen bezüglich des sozialen Wertewandels, welche von Inglehart (1977) mit seiner *These der stillen Revolution* angestoßen wurde.

Bevor jedoch auf diese Theorie näher eingegangen wird, soll in einem ersten Schritt versucht werden, den Begriff *Wert* näher einzugrenzen, wobei beachtet werden muss, dass in der Literatur kein Konsens bezüglich der Wertkonzeption besteht. Klages (1985: 9) versteht den Begriff Wert oder Wertorientierung als eine „Führungsgrösse des menschlichen Tuns und Lassens“, welche dann effektiv ist, wenn nicht „biologische Triebe, Zwänge, oder rationale Nutzenerwägungen“ wirksam werden. Die Wertorientierung übernimmt gleichsam eine Steuerungsfunktion des menschlichen Handelns. Klages (ebd.: 10f.) fügt hinzu, dass der Mensch deswegen nicht als *perpetuum mobile* angesehen werden dürfe, welches nur durch die Wertevorstellungen angetrieben wird. Vielmehr besitze der handelnde Mensch trotz Wertorientierung einen relativ grossen Spielraum zur kritischen Überprüfung und Anpassung ihrer Handlungen. So besitzt der Mensch im Normalfall eine Kontrollinstanz zwischen seinen Wertvorstellungen und seinem Verhalten, welche rationales Denken und Agieren erlaubt.

Inglehart beschreibt eine Verschiebung der Wertvorstellung in den nachkriegszeitlichen Gesellschaften während der Untersuchungszeit zwischen den Jahren 1970-1994 (Inglehart 1998). Er postuliert eine Verlagerung von materiellen Werten (Wirtschaftswachstum als zentrales Ziel) zur höheren Bewertung immaterieller Werte (Maximierung des individuellen Wohlbefindens)<sup>9</sup>. Ingleharts Grundannahme, welche sich auf die Maslowsche Konzeption stützt, besagt, dass die Menschen denjenigen Bedürfnissen die grösste Aufmerksamkeit schenken, deren Befriedigung am wenigsten garantiert ist (Mangelhypothese). Somit stehen bei der Generation, welche nach dem 2. Weltkrieg geboren wurde, die immateriellen Werte im Vordergrund. Dies impliziert, dass die Prioritäten und Wertvorstellungen eines Individuum seine sozio-ökonomische Umwelt reflektieren. Zudem nimmt Inglehart (1989: 92) an, dass Wertstrukturen im wesentlichen durch die jugendliche Sozialisation geprägt und über die erwachsene Lebensphase hinweg relativ stabil sein werden (Sozialisationshypothese). Die Sozialisationshypothese sowie die Mangelhypothese lassen die Wichtigkeit des Generationenzugehörigkeitsaspektes in der Theorie von Inglehart erkennen (1989: 92). Je nach dem, in welcher Zeit und in welchem sozialen Umfeld ein Individuum sozialisiert wurde, besitzt es bestimmte Wertesysteme.

Auch Klages (1985) untersuchte den Wertewandel, welcher sich zwischen den Jahren 1965 bis Mitte der 70er Jahre vollzogen hat. Die Arbeit Klages' beschreibt, im Gegensatz zu Ingleharts Materialismus/ Postmaterialismus Ansatz, einen Wertewandel von den Pflicht- und Akzeptanzwerten zu den individuellen Selbstentfaltungswerten<sup>10</sup>. Werte wie Disziplin, Gehorsam, Ordnung, Pflichterfüllung, Treue, Unterordnung, Fleiss, Bescheidenheit, Anpassungsbereitschaft und Fügsamkeit, an welchen sich das Handeln der Individuen orientierte, sind Werten des *Individualismus* (Kreativität, Spontaneität, Selbstverwirklichung, Ungebundenheit, Eigenständigkeit), des *Hedonismus* (Genuss, Abenteuer, Span-

<sup>9</sup> Ingleharts Hypothesen werden durch verschiedene empirische Studien anhand von Daten des World-Values-Survey von 43 Ländern, welche 70% der Weltbevölkerung repräsentierten, gestützt.

<sup>10</sup> Seine Wertewandeltheorie werden durch verschiedene empirische Untersuchungen in Deutschland seit dem Jahre 1950 gestützt.

nung, Abwechslung, Ausleben emotionaler Bedürfnisse) und der *idealistischen Gesellschaftskritik* (Emanzipation, Gleichbehandlung, Gleichheit, Demokratie, Partizipation, Autonomie) gewichen (ebd.: 18). Es kam jedoch nicht zu einem vollständigen Austausch der Pflicht- und Akzeptanzwerte durch die Selbstentfaltungswerte. Klages beschreibt vielmehr eine Verschiebung der Relationen. So geht die Tendenz beim Bevölkerungsdurchschnitt in Richtung höherer Betonung der Selbstentfaltungswerte und ein Bedeutungsverlust der Pflicht- und Akzeptanzwerte.

Klages kritisiert Ingleharts Ansatz der dichotomen Charakterisierung der Werte, welche annimmt, dass die Werte eines Menschen nur auf der Verbindungslinie der beiden Pole – materialistisch und postmaterialistisch – zu lokalisieren sind; also je mehr man von einem Wert besitzt, desto weniger hat man von den Werten der anderen Art. Die beiden Wertepole schliessen sich bei Inglehart folglich aus. Bei Klages sind im Gegensatz dazu auch Mischformen möglich. So können die Individuen die verschiedensten Kombinationen dieser Wertedimensionen besitzen.

Ein weiterer Unterschied zu Ingleharts Theorie ist die Annahme, dass Werte auch im erwachsenen Alter nicht stabil sind und sich situativen Bedingungen anpassen. Klages stützt also nicht die Sozialisierungstheorie, sondern nimmt die Gültigkeit der Lebenszyklustheorie an.

Inglehart leitet verschiedene Hypothesen bezüglich des Zusammenhanges zwischen dem Wertewandel und den politischen Handlungen der Bürger ab. Er ist der Ansicht, dass durch die wachsende Betonung der Bedürfnisse nach Zugehörigkeit, Achtung und Selbstverwirklichung, welche durch den Wertewandel impliziert werden, eine veränderte Einstellung zu konventionellen politischen Institutionen wie politischen Parteien resultiert (Inglehart 1989: 13). Es wird erwartet, dass ältere Menschen sich eher mit einer Partei identifizieren und eventuell auch als Mitglied aktiv sind, da sie in einer Zeit sozialisiert worden sind, als die Bedeutung der Parteien grösser war. Vor allem kurz nach den Weltkriegen war in vielen Gesellschaften die existentielle Unsicherheit ständig präsent, was den Bedarf nach starken Autoritäten und Institutionen merklich gesteigert hat (Inglehart 1998: 410). Diese sollen der Bevölkerung Schutz und Halt in unsicheren Zeiten liefern. Für moderne Industriegesellschaften postuliert er eine Abnahme der Legitimität sowie einen Autoritätsverlust der konventionellen politischen Institutionen. Bedingungen wie Wohlstand und Sicherheit führen zu einer Abwendung und zu sich vermindender Ehrerbietung gegenüber institutionellen und persönlichen Autoritäten. Die vormoderne Agrargesellschaft und die moderne Industriegesellschaft sind geprägt durch Wertorientierungen, welche die individuelle Entfaltung und nicht die existentiellen Fragen ins Zentrum stellen. Inglehart argumentiert, dass „der postmoderne Wandel (...) zu einem breiten Vertrauensentzug gegenüber Autorität in jeder Form mit sich gebracht“ hat (ebd.: 411). Dies impliziert, dass Menschen mit vorwiegend postmateriellen Wertstrukturen weniger gewillt sind, sich Autoritäten unterzuordnen wie sie beispielsweise politische Parteien darstellen. So ergab das Resultat seiner Untersuchungen einen positiven Zusammenhang zwischen der Vorstellung, dass „mehr Respekt vor Autorität eine gute Sache“ wäre und der traditional-säkular-rationalen Wertorientierungen (vgl. ebd.: 122).

Ähnliche Resultate bezüglich der Einstellung der Individuen gegenüber politischen Organisationen erhält auch Klages in seiner Studie. Er argumentiert, dass Menschen, welche Pflicht- und Akzeptanzwerte stärker akzentuieren, eine positivere Einstellung zum Staat und seinen Organen (u.a. politischen Parteien) besitzen als Menschen mit mehrheitlich Selbstentfaltungswerten (Klages 1985: 53). Die umgekehrte Relation findet Klages dort vor, wo es um die politische Verhaltensbereitschaft geht. Menschen mit stark ausgeprägten Pflicht- und Akzeptanzwerten sind politisch eher passiver als Menschen, welche die Selbstentfaltungswerte mehr betonen. Dies wird umso deutlicher, je mehr es sich um unkonventionelle Aktivitäten wie Demonstrationen und Hausbesetzungen handelt. Klages

bezeichnet deshalb Menschen, bei welchen die Selbstentfaltungswerte überwiegen als die „Kritischen“, „Aufmüpfigen“ und „Unruhigen“ im Lande (ebd.: 53). Diese negative Einstellung der Menschen mit ausgeprägten Selbstentfaltungswerten gegenüber dem Staat und seinen Organen impliziert auch eine Ablehnung gegenüber politischen Parteien. Da die Tendenz in Richtung Ausbreitung der Selbstentfaltungswerte geht, ist anzunehmen, dass immer mehr Menschen politisch aktiv werden, jedoch mehrheitlich unkonventionelle Formen der politischen Partizipation den konventionellen Formen vorziehen.

Ingleharts und Klages Theorien implizieren, dass sich vorwiegend Menschen mit materialistischen- oder Pflicht- und Akzeptanz-Werten in politischen Parteien finden, da diese Personen eine positivere Haltung gegenüber politischen Parteien haben als Menschen mit überwiegender Selbstentfaltungswerten. Dies kann jedoch durch die Studie von Sciarini et al. (1994) nicht gestützt werden. Die Autoren analysieren die Wertorientierung des Kaders der Schweizer Parteien. Sie kommen zum Schluss, dass der Prozentsatz der Postmaterialisten im Parteikader im Verhältnis zum allgemeinen Anteil an Postmaterialisten in der Schweizer Bevölkerung relativ hoch ist (1994: 141f.). 1989 konnten relativ wenige Menschen in der Schweiz als Postmaterialisten klassifiziert werden. So erkannten Sciarini et al. nur gerade 12% der Schweizer Bevölkerung eindeutig als Postmaterialisten und fast zwei Drittel der Befragten wurden als Materialisten eingeteilt (ebd.: 142). Diese Studie stützte sich aber auf statische Beschreibungen. Wie sich der Anteil an Materialisten und Postmaterialisten in den Schweizer Parteien geändert hat, vermag sie nicht zu erklären. Zudem untersucht die Studie nur das Kader, welche zum innersten Kern der Parteien gehören. Möglicherweise würde sich das Ergebnis verändern, würden auch die äusseren Kreise analysiert.

Ingleharts und Klages Erklärungsansatz, welcher auf den Wertewandel abstützt ist demzufolge für den Mitgliederschwund der Schweizer Parteien nicht eindeutig.

### 3.2 Neue Themenbereiche in der Politik

In den westlichen Gesellschaften haben sich durch den Wertewandel die politischen Themenbereiche geändert. Wo früher Themen des Materialismus wie beispielsweise die Erhöhung des Wirtschaftswachstums im Zentrum standen, stehen heute eher ethnische und kulturelle Themen im Vordergrund (Inglehart 1998: 331). Inglehart erkennt vor allem eine zunehmende Wichtigkeit der Umweltpolitik für die Bürger in den 1980er Jahren, was sich unter anderem dadurch zeigt, dass während dieser Jahre zahlreiche Umweltschutzorganisationen gegründet wurden (ebd.: 353). Auch bei den schweizerischen eidgenössischen Abstimmungen der letzten fünf Jahrzehnte kann man eine tendenzielle Verschiebung der Themenbereiche feststellen. Neuordnung des Finanzhaushaltes, Preiskontrollen, Wirtschaftsreformen, Rüstungsausgaben waren die zentralen Themen zwischen den Jahren 1950 und 1975, während die Abstimmungen in den letzten zwei Jahrzehnten mehrheitlich durch Themen wie Ausländerpolitik, Frauenfragen, Bildungspolitik, Abtreibung und Umwelt geprägt waren<sup>11</sup>.

Klingemann und Fuchs (1995: 13) argumentieren, dass viele der neuen Issues in den heutigen Parteien nicht behandelt werden, da sich die politischen Parteien immernoch mehrheitlich an ihrer ursprünglichen Konfliktlinie orientieren, welche auf dem Konfessions- und Klassenkonflikt basiert. Je geringer sich die politischen Akteure verpflichtet fühlen, dem Bedarf der Bürger entgegenzukommen, desto mehr vermindert sich die Parteiidentifikation, so Klingemann und Fuchs (ebd.: 13). Longchamp (1994: 25) ist wie Klingemann und Fuchs der Meinung, dass die sich vermindernde Parteiidentifikation darauf beruhe, dass die heutigen Parteien nicht zeitgemäss ausgestaltet sind. Dadurch, dass die Parteiarbeit vornehmlich auf „Freiwilligen“-Arbeit basiere, resultieren Defizite in den Leistungen

<sup>11</sup> Vgl. hierzu die Internetseite [www.admin.ch/ch/d/pore/va/](http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/) wo die Ergebnisse der Vorlagen an eidgenössischen Volksabstimmungen ab dem Jahre 1848 zu finden sind.

der Parteien. Longchamp argumentiert, dass die Folge der „Freiwilligen“-Arbeit „eine amateurhafte Führung, Vorbereitung und Umsetzung der politischen Arbeit“ sei (ebd.: 25). Die politischen Parteien können mit der Professionalisierung der politischen Arbeit, welche im Verbandswesen, im Mediensystem und auch in den neuen sozialen Bewegungen erkennbar ist nicht mehr mithalten, so Longchamp.

Es wird die These aufgestellt, dass die Unfähigkeit der Parteien neue soziale Probleme zu thematisieren auf ihren historischen Wurzeln basiere. Dies wird im Weiteren für die politischen Parteien in der Schweiz genauer erläutert.

Die schweizerischen Parteien sind als soziale Bewegungen im Kampf um die Veränderung oder Beibehaltung politischer Verhältnisse entstanden: aus der Bewegung der Progressiven und der Konservativen ging die Partei des Freisinns und die CVP hervor und die industrielle Revolution hat den Cleavage zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie (SP / SVP) hervorgebracht. Unter Cleavage wird eine Konfliktlinie zwischen zwei oder mehreren Interessensorganisationen verstanden. Das Schweizerische Parteiensystem besitzt wie fast alle westlichen Demokratien zwei relativ stabile Interessenskonflikte zwischen sozialen Gruppen: der Klassens- und Konfessionskonflikt. Diese Konflikte haben jedoch in der Schweiz seit dem 2. Weltkrieg an Bedeutung verloren. Der Klassenkonflikt wurde durch den neuen Wertekonflikt zwischen Materialisten und Postmaterialisten abgeschwächt. Auch der Konfessionskonflikt hat angesichts der zunehmenden Säkularisierung an Bedeutung eingebüsst.

Obwohl sich diese Konfliktlinien geändert haben, sind die politischen Parteien als soziale Organisationen in der Schweiz seit 1918, als der Proporz eingeführt wurde, hoch stabil geblieben. Dies würde die *Frozen Party System-These* von Lipset und Rokkan (1967: 50) stützen:

„...the party systems of the 1960's reflect, with a few but significant exceptions the cleavage structures of the 1920's. This is a crucial characteristics of Western competitive politics in the age of "high mass consumption": the party alternatives, an in remarkably many cases the party organizations, are older than the majorities of the national electorates“.

Wird auf die *Frozen Party System-These* abgestützt, kann das Argument von Klingemann und Fuchs, welches besagt, dass die Parteien den neuen Themenbereichen nicht nachkommen, seine Gültigkeit haben. Dadurch besteht die Gefahr des Wähler- und eventuell Mitgliederverlustes. Das Aufkommen neuer Issues in der Politik durch den Modernisierungsprozess kann als potentielle Determinante des Mitgliederschwundes aufgefasst werden, vorausgesetzt, die politischen Parteien passen sich den neu nachgefragten Themenbereichen nicht an.

### 3.3 Kognitive Mobilität

Die dritte Dimension des Modelles von Klingemann und Fuchs betrifft die Erhöhung der kognitiven Mobilität der Individuen (Increase in personal skills), welche mit dem Modernisierungsprozess einhergeht. Unter kognitiver Mobilität wird das wachsende Potential der Individuen mit Politik umzugehen verstanden. Dalton (1984: 267) operationalisiert kognitive Mobilisierung indem er die Variable „Bildung“ mit der Variable „Interesse an Politik“ kombiniert. Die Individuen mit einem hohen Wert an kognitiver Mobilisierung sind folglich diejenigen, welche einerseits die Fähigkeit; Bildung und andererseits die Motivation besitzen, sich mit Politik auseinanderzusetzen.

Daltons (1984) Ansatz stellt die Funktionalität der Parteibindung ins Zentrum. Die Grundannahme dieses Ansatzes beruht darauf, dass die Intensität der Partei-Wähler-Bindung von deren Nutzwert beeinflusst wird. Durch die Parteibindung wird die Orientierung im politischen Raum verbessert und dadurch Komplexität reduziert. Ein besserer Zugang zu Bildung und die Diffundierung politischer Informationen durch die Medien verfeinern die kognitive Mobilität der Wähler. Erhöhte kognitive Fähigkeiten (Mobilität) vermindern den

Nutzen, welcher ein Individuum aus der Parteibindung erhält. Durch die Bildungsexpansion und die Ausbildung der Massenmedien hat sich eine allgemeine Erhöhung der kognitiven Mobilität der Bürger eingestellt. Zudem sind die Kosten der politischen Informationsbeschaffung infolge Herausbildung der Massenmedien enorm gesunken, was den Nutzwert der Parteibindung für die Individuen zusätzlich gesenkt hat. Die Expansion der Massenmedien als Informationsquelle hat aber auch die Nachfrage nach Mitgliedern auf Seiten der Parteien gesenkt, so Dalton und Wattenberg (2001: 12f.). Die Funktion der Mitglieder als Bindeglied zwischen der Partei und potenziellen Wählern kann teilweise durch die Medien wahrgenommen werden.

Die Informationsgesellschaft, welche sich durch diese sozialen Veränderungen herausgebildet hat, ist folglich eher fähig, mit der Komplexität der Politik umzugehen und stützt sich bei der politischen Entscheidungsfindung nicht mehr so stark auf die konventionellen politischen Institutionen. Die erhöhte kognitive Mobilität der Individuen können eher auf die Einflüsse neuer politischer Streitfragen reagieren und neigen dazu, die Parteipräferenz öfters zu wechseln. Durch die fortschreitende kognitive Mobilisierung werden demnach die konventionellen Organisationen/Parteien an Bedeutung verlieren, da sich die Bevölkerung durch alternative Informations- und Wissensquellen bei ihrer Meinungsbildung nicht mehr im gleichen Masse wie früher auf die Politik verlassen. Dies darf jedoch nicht mit einem abnehmenden Interesse an Politik verwechselt werden. Das Interesse und die Kompetenz mit politischen Themen umzugehen ist mit der Erhöhung der kognitiven Mobilität gestiegen; die Parteiidentifikation ist infolge dieses Prozesses gesunken.

Verschiedene Studien stützen dieses funktionale Modell (vgl. Dalton/Rohrschneider 1990 und Alt 1994). So veranschaulichen Ergebnisse aus einer Studie über die Parteiidentifikation der Bürger in Grossbritannien zwischen 1964 und 1974 eine Verringerung der Parteiidentifikation innerhalb der hochgebildeten Befragten. Diese Verringerung war dreimal so stark, wie diejenige der Gruppe mit dem niedrigsten Bildungsniveau (Alt 1984: 304). Dalton und Rohrschneider (1990: 316) fanden ein ähnliches Resultat vor. Die Autoren beschreiben eine Abschwächung der Parteibindung, welche vor allem bei den kognitiv mobilisierten Befragten zu finden ist.

Obiger Befund wird als zentraler Erklärungsversuch für die abnehmende Parteimitgliedschaft angesehen. Dadurch, dass sich die kognitiv mobilisierten Bürger bei ihrer Meinungsbildung nicht mehr so stark auf die Parteien stützten, kann auch angenommen werden, dass die Anzahl Mitglieder in den politischen Parteien mit erhöhter kognitiver Mobilität der Bürger abnimmt. Die Nachfrage nach Mitgliedschaft seitens der Bürger sollte mit steigender kognitiver Fähigkeiten sinken.

Diese Annahme impliziert, dass Personen mit eher tiefem Bildungsstand sich den Parteien anschliessen. Sciarini et al. untersuchten in der oben erwähnten Studie über die Kader der Schweizer Parteien unter anderem auch das Bildungsniveau der Parteikader (1994: 28f.). Ihre Studie ergab, dass das Bildungsniveau der Parteikader höher ist, als dasjenige der durchschnittlichen Bevölkerung. Vor allem bei den jüngeren Mitgliedern ist der Prozentsatz der Hochschulabsolventen sehr hoch. Am höchsten ist er in der Altersklasse der 30- bis 40jährigen mit 61% (ebd.: 30). In den Altersklassen der über 50jährigen nimmt der Anteil der Hochschulabsolventen konstant ab. Dieser Befund muss jedoch der These der kognitiven Mobilität nicht widersprechen, da nur der innerste Kern der Parteimitglieder – das Kader – untersucht wurde.

## Kapitel 4: Abnehmendes Interesse an Politik? Unkonventionelle Formen der politischen Partizipation

Inglehart sowie Klages haben die Hypothese aufgestellt, dass Postmaterialisten respektive Individualisten ein grösseres Potential zu politischem Handeln haben als Materialisten. Klages erklärt diesen Sachzusammenhang mit der ablehnenden Haltung gegenüber dem Staat seitens der Individuen mit vorwiegend Selbstentfaltungswerten, welche er als die „Aufmüpfigen“ und „Kritischen“ im Lande bezeichnet. Inglehart versucht die Hypothese bezüglich des grösseren politischen Handlungspotentiales der Postmaterialisten anhand dreier Annahmen zu erklären. Er argumentiert,

dass Postmaterialisten sich weniger Gedanken um die Befriedigung der materiellen Grundbedürfnisse machen müssen und mehr psychische Energie besitzen, sich mit anderen Zielen wie politischer Beteiligung zu beschäftigen.

Zudem sind die gesellschaftlichen Normen, welche die politische Partizipation regeln, erst vor relativ kurzer Zeit für die Frauen lockerer geworden. Der Zustrom der Frauen in die Politik vergrösserte die Anzahl potentieller politischer Handelnder.

Als weiteren Grund für die Vermutung, dass Postmaterialisten im Gegensatz zu Materialisten ein grösseres politisches Handlungspotential besitzen und sich mehr für Politik interessieren, sieht Inglehart die wachsenden kognitiven Fähigkeiten der Bürger, mit politischen Themen umzugehen (vgl. Inglehart 1989: 416f.).

Die steigende Teilnahme an Sachabstimmungen in der Schweiz zwischen den Jahren 1987 und 1991 unterstützen Ingleharts und Klages Hypothese. Ausserdem bekundeten rund zwei Drittel der stimmberechtigten Bevölkerung im Jahre 1994 ein hohes politisches Interesse. Im Jahre 1986 stufte sich nur gerade ein Drittel der Stimm- und Wahlberechtigten als politisch interessiert ein (vgl. Longchamp 1994: 15). Kriesi (1987:26) kommt in seiner Studie zum Ergebnis, dass die Aktivierungsereignisse in der Schweiz über die längere Frist (1945 – 1978) zunehmend sind. Dabei kann beobachtet werden, dass vor allem nach dem Jahre 1968 ein merklich starker Anstieg zu verzeichnen ist. Kriesi unterscheidet dabei zwischen neuen politischen Akteuren, traditionellen politischen Akteuren und Arbeiterbewegungen mit ihren Organisationen<sup>12</sup>. Verantwortlich für diesen Anstieg sind hauptsächlich die neuen politischen Aktivitäten.

Zusammengefasst kann also nicht von einem abnehmenden Interesse an Politik gesprochen werden. Dies steht aber im Widerspruch mit der abnehmenden Zahl der Parteimitglieder, der zunehmenden Lockerung der Parteibindungen und –identifikation und der häufig zitierten Parteiverdrossenheit der Bürger. Es existieren zwei verschiedene Trends: einerseits die Zunehmende Bürgerbeteiligung an der Politik und andererseits die Erosion institutioneller Autorität. Wie lässt sich dies erklären?

In diesem Kapitel wird Bezug genommen auf die „rechte“ Seite des Modells – new participation demand – von Klingemann/Fuchs und Inglehart, welche dieses vermeintliche Paradox zu klären vermag (vgl. Grafik 3.1). Wie oben bereits erwähnt wird eine Zunahme der politischen Bürgerbeteiligung erwartet, wobei zwischen konventioneller und unkonventioneller Partizipation unterschieden wird<sup>13</sup>. Inglehart (1989, 1998) und Klingemann/Fuchs

<sup>12</sup> Zu diesen Aktivierungsereignissen zählt Kriesi die institutionellen, traditionellen Aktionen (Initiative, Referendum, Petition...), die nicht-institutionellen, neuen politischen Aktivitäten (Streiks, Demonstrationen Häuserbesetzung, Auffahren von Traktoren...allg. Aktionen mit spektakulärer Wirkung.) und die Aktivitäten der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen.

<sup>13</sup> Zu den konventionellen Partizipationsformen werden die Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen, Unterschreiben einer Petition, bewilligte Demonstrationen und Zeitung lesen gezählt. Unter unkonventionellen Formen der politischen Aktivität werden Aktionen wie Boykott, illegale Streiks und Demonstrationen, Hausbesetzungen und Verkehrsblockaden verstanden. Also allgemein Aktivitäten, um politische Forderungen durchzusetzen und die Elite herauszufordern (vgl. Inglehart (1998) und Klages (1985)).



sozialen Bewegungen von der Krise der Moderne gesprochen (vgl. Dahinden 1987: 3). Diese Krise wird mit der nachlassenden Effizienz des Systems in Verbindung gebracht. Themen wie Umweltschutz, nachhaltige Entwicklung und Gentechnologie, welche in der Postmoderne zentral geworden sind, werden häufig von den traditionellen Parteien nicht aufgegriffen. Die inadäquate Themenbehandlung durch die Parteien ruft nach der Bildung neuer sozialer Bewegungen, welche sich zum Ziel gemacht haben, das Augenmerk auf postmoderne Themenbereiche zu legen. Zu diesen sozialen Bewegungen, welche meistens ohne feste Mitgliedschaft und relativ locker organisiert sind können Ökologie-, Frauen-, Alternativ-, Jugend- und Friedensbewegungen, also Bewegungen nicht homogener Art gezählt werden (ebd.: 1). Diese Gruppierungen sind nicht mehr auf die Ungleichheit bezüglich der Verteilung der knappen Güter fixiert, sondern stellen grundsätzliche Berechtigung dieser Güter wie Atomenergie, Gentechnologie, Autos und sonstige Konsumgüter in Frage. Mit dem Begriff „neue soziale Bewegung“ wollen sich die Mitglieder durch die Bezeichnung „neu“ von älteren Gruppierungen distanzieren; die Bezeichnung „sozial“ drückt die Absicht aus, das gesellschaftliche Umfeld zu verändern und die Bezeichnung „Bewegung“ weist darauf hin, dass sich die Mitglieder von traditionellen Organisationen wie Parteien und Verbände abgrenzen wollen (ebd.: 2). Auch in der Schweiz konnte seit den späten 1960er Jahren ein bemerkenswerter Anstieg der Anzahl neuer politischer Akteure beobachtet werden (Kriesi 1987: 26f.). Man muss sich jedoch bewusst machen, dass die Voraussetzungen in der Schweiz für die Bildung solcher Bewegungen relativ günstig waren. Die Anzahl politischer Handlungsinstrumente auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems ist ziemlich gross. Ausserdem ist durch das schweizerische Konkordanzsystem der regelmässige Wechsel der Regierungs- und Oppositionsrolle nicht gewährleistet. Dies führt dazu, dass eine umfassende Neuorientierung in der Politik praktisch verunmöglicht wird.

Das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen kann abschliessend als Zeichen dafür interpretiert werden, dass das Volk nicht mehr zufrieden ist mit den traditionellen politischen Institutionen. Die abnehmende Zahl an Parteimitgliedern ist ein weiterer Indikator dafür, dass die politischen Parteien an Integrationskraft verloren haben. Die Themen, welche in der organisierten Politik nicht aufgegriffen werden, versuchen die „neuen sozialen Bewegungen“ zu thematisieren. Linder (1987: 22) wendet ein, dass diese Bewegungen jedoch keine neuen Schichten anzusprechen vermochten. Vor allem die unteren Bildungs- und Einkommensschichten beteiligen sich weder häufig an Wahlen und Abstimmungen, noch sind sie übermässig in den „neuen sozialen Bewegungen“ anzutreffen.

## Kapitel 5: Zusammenfassung und Ausblick

Diese Arbeit versucht aufzuzeigen, welches die sozio-strukturellen Determinanten des Mitgliederschwundes in den politischen Parteien der westlichen Demokratien sind. Hierzu wurde das Modell von Klingemann und Fuchs (1995) herangezogen, welches die Auswirkungen des Modernisierungsprozesses auf das politische Handeln der Individuen veranschaulicht. Das Modell versucht die abnehmende Parteibindung der Bürger auf zwei modernisierungsspezifische Komponenten zurückzuführen.

Erstens auf den *Wertewandel*, mit welchem die Nachfrage nach neuen politischen Themen einhergeht. Es wird argumentiert, dass die Individuen durch den Wertewandel von materialistischen zu postmaterialistischen Werten nicht mehr gewillt sind, sich einer Autorität – wie beispielsweise den politischen Parteien – unterzuordnen, da bei den Personen mit mehrheitlich postmaterialistischen Wertstrukturen anstatt Pflicht- und Akzeptanzwerte die Selbstentfaltungswerte überwiegen. Zudem hat das Vertrauen der Bürger in die politi-

schen Akteure im Zuge der Postmodernisierung abgenommen. Durch den Wertewandel haben sich ausserdem die Themenbereiche in der Politik gewandelt. Die Parteien konnten sich diesem Wandel nicht adäquat anpassen und haben so viele ihrer Anhänger verloren. Der zweite Faktor, welcher das politische Agieren der Individuen und somit die Mitgliederzahlen beeinflusst, ist die *Erhöhung der kognitiven Fähigkeiten* der Individuen, welche eine Konsequenz der Bildungsexpansion und der Herausbildung der Massenmedien darstellt. Eine erhöhte kognitive Mobilität der Bürger hat zur Folge, dass bei der politischen Informationsbeschaffung weniger auf die politischen Parteien Bezug genommen wird. Die Individuen sind auch ohne die Parteien fähig, sich in der Komplexität des politischen Geschehens zurecht zu finden und müssen sich nicht mehr in dem Ausmass wie vor der kognitiven Expansion auf die Parteien abstützen. Dadurch, dass die Nachfrage nach Parteibindung zurück geht, was auch eine Verminderung der Nachfrage nach Mitgliedschaft mit sich zieht, verlieren die Parteien einen gewissen Grad ihrer Funktion. Mit der Erhöhung der kognitiven Fähigkeiten geht ausserdem eine Erhöhung der Nachfrage nach neuen Partizipationsformen einher. Individuen, welche die postmaterialistischen Werte akzentuieren, sind eher geneigt, sich an nicht-institutionalisierten, unkonventionellen politischen Aktivitäten zu beteiligen, was die Herausbildung neuer sozialer Bewegungen fördert. Anfangs der 1960er Jahre konnte folglich ein starker Anstieg der Anzahl sozialer Bewegungen in der Schweiz beobachtet werden. Dieser Prozess ist ein Indiz dafür, dass zwar die Parteien an Popularität eingebüsst haben, jedoch das Interesse an Politik in der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten zugenommen hat.

Wenn man einen Blick in die Zukunft wagt, stellt sich die Frage, wie sich das Mitgliederprinzip in den Parteien infolge der *Digitalisierung der Öffentlichkeit* entwickelt. Durch das Internet eröffnen sich auch in der Politik neue Dimensionen und verändern nachhaltig die Organisationsformen der Parteien. Die Implementierung neuer Kommunikationstechnologien ermöglicht den Parteien Informationen rasch und preisgünstig zu verbreiten. Die Funktionen der Parteimitglieder wird so teilweise durch die neuen Kommunikationstechnologien übernommen. Folglich sollte im Laufe der Zeit das Mitgliederprinzip, wie es in der heutigen Form existiert, an Bedeutung verlieren. Anstelle der heutigen Mitgliedschaft können sich neue Formen herausbilden; beispielsweise die virtuellen Parteigruppierungen (vgl. Marschall 2001: 43). In Deutschland gibt es schon erste Zusammenschlüsse von Mitgliedern, welche sich nur *online* begegnen<sup>15</sup>. Die virtuellen Parteigruppierungen bieten den Vorteil, dass spezifische Themenbereiche und Interessen diskutiert werden können. Die Zwangsvergemeinschaftung unterschiedlich interessierter Mitglieder, wie es bei den herkömmlichen Parteien der Fall ist, kann durch die Internet-basierte Mitgliedschaft vermieden werden; zudem ist der Partizipationsaufwand relativ gering. Auch die individuelle Zeiteinteilung bei der Beteiligung (Beispiel Diskussionsforen) kann als Vorteil angesehen werden. Diese beiden Aspekte – Unverbindlichkeit der Teilnahme und die themenbezogene Ausrichtung – würden den Anreiz, einer Partei beizutreten, merklich erhöhen.

## Literaturverzeichnis

- Alt, James E. (1984): Dealignment and the Dynamics of Partisanship in Britain. In: Dalton, Russell, J. et al. (Hgs.): *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies*. New Jersey. S. 298-329.
- Bucher, Adrian (1998): Gemeindeexekutiven 1998: Bürgerlich und Mann! Geschlecht und Parteizugehörigkeit bei den Gemeindewahlen 1998. In: Statistisches Amt des Kantons Zürich (Hg.). *Statistik.info*, Nr. 23, 1998. Auf Internet abrufbar unter (Stand 01.09.02): [http://www.statistik.zh.ch/statistik.info/pdf/1998\\_23.pdf](http://www.statistik.zh.ch/statistik.info/pdf/1998_23.pdf)
- Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft: *Ergebnisse der Vorlagen an eidgenössischen Volksabstimmungen*. Auf Internet abrufbar unter (Stand 01.09.02): <http://www.admin.ch/ch/d/pore/va/>
- bp-Bolligen Parteilos. Auf Internet abrufbar unter (Stand 01.09.02): <http://www.bolligenparteilos.ch>
- Dahinden, Martin (1987): *Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen*. Zürcher Hochschulforum Band 10. Zürich.
- Dalton, Russell; Rohrschneider, Robert (1990): *Wählerwandel und die Abschwächung der Parteinigung von 1972 bis 1987*. In: Kaase, Max; Klingemann, Hans-Dieter: *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlass der Bundestagswahl 1987*. Opladen. S. 297-324.
- Dalton, Russell J.; Wattenberg, Martin P. (2001): *Parties without Partisans. Political Change in Advanced Industrial Democracies*. Oxford.
- Dalton, Russell, J. (1984): *Cognitive Mobilization and Partisan Dealignment in Advanced Industrial Democracies*. In: *The Journal of Politics*, Vol. 46. S. 264-284.
- Duverger, Maurice (1959): *Die Politischen Parteien* (Hg.: Landshut, Siegfried). Tübingen
- Geser, Hans et al. (1994): *Die Schweizer Lokalparteien*. Zürich.
- Geser, Hans (1991): „Dealignment“ oder neue Integrationsbereitschaft? Aktuelle Entwicklungstendenzen im Anhängerbestand schweizerischer Kommunalparteien. In: *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie*, Vol. 17/2. Zürich. S. 233-272.
- Gruner, Erich (1969): *Die Parteien in der Schweiz*. Bern
- Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. New Jersey.
- Inglehart, Ronald (1989): *Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt*. Frankfurt/New York.
- Inglehart, Ronald (1998): *Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften*. Frankfurt/New York.
- Klages, Helmut (1985): *Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognose*. Frankfurt/New York.
- Klingemann, Hans-Dieter; Fuchs, Dieter (Hg.) (1995): *Citizens and the State*. Oxford.

---

<sup>15</sup> Ein Beispiel hierzu ist der Virtuelle Ortsverein der SPD (VOV), welcher 1995 gegründet wurde und derzeit knapp 1000 Mitglieder zählt (vgl. Marschall 2001: 43)

- Kriesi, Hanspeter (1987): Neue soziale Bewegungen – der Protest einer Generation? In: Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen. Zürcher Hochschulforum Band 10. Zürich 25-42.
- Ladner, Andreas (2001): *Die Schweizer Parteien im Wandel, Von Mitgliederparteien zu professionalisierten Wählerorganisationen?* Zürich.
- Ladner, Andreas (1999): *Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien.* In: Klöti, Ulrich et. al. Handbuch der Schweizer Politik. NZZ-Verlag Zürich. S. 213-260.
- Linder, Wolf (1987): *Vom Einfluss neuer Bewegungen auf die institutionelle Politik.* In: Dahinden, Martin. Neue soziale Bewegungen – und ihre gesellschaftlichen Wirkungen. Zürcher Hochschulforum Band 10. Zürich. S. 7-23.
- Lipset, Seymour M.; Rokkan, Stein (1967): *Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives.* London.
- Longchamp, Claude (1994): *Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der 90er Jahre als Herausforderung an eine offene Staatstätigkeit.* Bern.
- Marschall, Stefan (2001): *Parteien und Internet – Auf dem Weg zu internet-basierten Mitgliederparteien?* In: Politik und Zeitgeschichte. B 10/2001. S. 38-46.
- Scarow, Susan E. (2000): *Parties without Members? Party Organization in a Changing Electoral Environment.* In: Dalton, Russell J.; Wattenberg, Martin P.. *Parties without Partisans: Political Change in Advanced Industrial Democracies.* Oxford.
- Sciarini et al. (1994): *Die Kader der Schweizer Parteien.* Zürich.
- Tellenbach, Roland (2002): *Eine Plattform für Parteilose.* In: Furttaler (Hg.) vom 01.02.02. Auf Internet abrufbar unter (Stand 01.09.02): <http://furttaler.ch/storys/storys.cfm?VID=139>
- Ware, Alan (1996): *Political Parties and Party Systems.* Oxford.